

Putin kritisiert polnischen Antisemitismus

Darüber berichtete am 29.12.2019 Liudmila Kotlyarova auf <https://de.sputniknews.com>



Photo Sputnik / Vladimir Grebnev

"Geht Warschau unter die Haut": So reagiert Polen auf Putins Urteil zu "antisemitischem Schwein"

Die ohnehin ziemlich kalten russisch-polnischen Beziehungen drohen zum Jahreswechsel noch schwieriger zu werden, nachdem Russlands Präsident Wladimir Putin am Dienstag den polnischen Botschafter zwischen 1933 und 1939, Josef Lipski, einen "Lumpen und antisemitisches Schwein" genannt hatte. Dies sorgte für Protestaktionen in Polen.

So wurde der russische Botschafter in Warschau, Sergej Andrejew, Ende der Woche nach eigenen Angaben ins polnische Außenministerium einbestellt, nachdem Putin erst auf dem GUS-Gipfel am vorletzten Freitag und dann noch auf einer Sitzung des Verteidigungsministeriums am Dienstag die polnische Politik der 1930er Jahre scharf kommentiert¹ hatte. "Hitler hatte vorgeschlagen, Juden aus europäischen Ländern zunächst nach Afrika abzuschicken. Aber nicht einfach abzuschicken, sondern sie faktisch in den Tod in Kolonien zu schicken", sagte der russische Staatschef. Lipski habe sich mit Hitler in seinen antisemitischen Gesinnungen solidarisiert, und mehr noch, er habe versprochen, Hitler ein Denkmal in Warschau zu errichten für die Peinigung des jüdischen Volkes.

"Ein Lump und antisemitisches Schwein, anders kann man es nicht ausdrücken", fügte der russische Staatschef hinzu unter Verweis auf Archivdokumente aus dem Krieg, die Russland vorliegen würden.

"Erlauben niemandem, uns die Leviten zu lesen"

"Polen und Russland haben zu unterschiedliche Vorstellungen² von einer gemeinsamen Geschichte, und es ist unmöglich, unter den gegenwärtigen Bedingungen anzunehmen, dass sich ihre Positionen annähern werden", meinte der russische Botschafter Andrejew gegenüber RIA Novosti nach seinem Treffen mit dem Leiter der Ostabteilung im polnischen Außenministerium, Jan Hofmokl. Die Einschätzungen des russischen Präsidenten hätten "unseren polnischen Kollegen, unseren Opponenten", nicht gefallen, weshalb Hofmokl versucht habe, polnische Gegenargumente vorzulegen, so Andrejew.

Der russische Diplomat stellte dabei fest, dass die russische Seite **genügend Argumente zur Unterstützung ihrer Position** habe, so dass das Gespräch manchmal "ziemlich hart, aber gleichzeitig korrekt" gewesen sei.

"Wir würden niemandem erlauben, uns die Leviten zu lesen", fügte Andrejew hinzu.

Die polnische Seite gab dem Botschafter dabei keine Protestnote. Es sei ein Meinungs-, Positions- sowie ein Austausch von Argumenten gewesen.

¹ <https://de.sputniknews.com/politik/20191224326278829-zu-dieser-person-aeussert-sich-putin-ungewoehnlich-scharf/>

² <https://de.sputniknews.com/politik/2019122326272288-polen-ueber-putins-worte-beginn-von-zweitem-weltkrieg/>

Zur Argumentation der polnischen Seite sagte Andrejew, die Unterzeichnung des Nichtangriffsvertrags zwischen der Sowjetunion und Deutschland am 29. August 1939 sei aus der Sicht der polnischen Geschichtsschreibung ein Prolog für den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs gewesen. Zugleich vergesse man allerdings in Warschau, so die russische Position, dass es zuvor den Vertrag von Versailles gegeben habe, der den Nährboden für den deutschen Revanchismus gebildet habe, aber auch, dass die Westmächte und Polen eine Beschwichtigungspolitik gegenüber Hitler und dem deutschen "Drang nach Osten", in die Sowjetunion, verfolgt hätten. An dem Münchner Abkommen³ zur Eroberung der Tschechoslowakei hätten sich die Polen persönlich zwar nicht beteiligt, Hitler habe jedoch da **die polnischen Interessen verfolgt**, worüber er später den polnischen Machthabern erzählt habe, verwies der Botschafter.

"Einige Niederlagen" in Russland

Mehrere Journalisten äußerten bereits auf den Seiten der polnischsprachigen Medien ihre Empörung über Putins Worte. Der politische Beobachter des Nachrichtenmagazins "Polityka", Marek Świerczyński, warf Putin eine "Einmischung in die inneren Angelegenheiten Polens" vor sowie den Versuch, Polen mit seinen Verbündeten zu "verfeinden". Laut dem Journalisten wird die Welt im nächsten Jahr einen Kampf um die Formulierung der Geschichte führen, wobei Moskau angeblich plant, die Polen als "die wichtigsten Russophoben in Europa" darzustellen. Der Chefredakteur der rechtskonservativen "Gazeta Polska", Tomasz Sakiewicz, schlug seinerseits vor, den russischen Botschafter auszuweisen. Gelesen wird die Zeitung vor allem von den Anhängern der Regierungspartei Prawo i Sprawiedliwość (PiS).

Der polnische Nato-Botschafter Tomasz Szatkowski verband seinerzeit Putins Worte über Lipski mit "einigen Niederlagen" in Russland, insbesondere mit dem "Scheitern des letzten Normandie-Treffens", mit der "Anpassung der Nato an die neuen Bedrohungen", mit Sanktionen gegen die Nord Stream 2 sowie mit dem Urteil gegen die Opal-Gasleitung nach Polens Klage. Die führenden Politiker Polens haben sich noch nicht zum Thema geäußert, in den Medien wird jedoch spekuliert, dass sie ihre Stellungnahme Anfang des Jahres nachholen würden.

"Müssten sich in dem Wolkenkratzer am Smolenskaja-Platz niederlassen"

Russische Politiker haben die Einbestellung des russischen Botschafters verurteilt. So kritisierte die offizielle Vertreterin des Außenministeriums, Maria Sacharowa, die Umschreibung der Geschichte erfolge "im Interesse der politischen Lage". Der russische Senator Alexej Puschkow glaubt, dass die Worte Putins Warschau unter die Haut gehen würden.

"Der Grund: Sie wollen diesen Teil ihrer Geschichte nicht anerkennen, sondern Polen wird als unschuldiges und sündeloses Opfer Berlins und Moskaus dargestellt. Die Geschichte Polens erzählt jedoch eine ganz andere Geschichte", schrieb Puschkow auf Twitter.

Der Abgeordnete Wjatscheslaw Nikonow bemerkte seinerseits, dass das russische Außenministerium den polnischen Botschafter nicht nach jedem antirussischen Trick in seinem Land einbestelle. Andernfalls müssten sich polnische Diplomaten laut Nikonow "in dem Wolkenkratzer am Smolenskaja-Platz (Adresse des russischen Außenministeriums - Anm. d. Red.) niederlassen".

Im September hatte das EU-Parlament für eine Resolution abgestimmt, die den Hitler-Stalin-Pakt zur Ursache für den Zweiten Weltkrieg erklärt und die Sowjetunion zu Stalin-Zeiten mit dem NS-Regime gleichsetzt. Erarbeitet wurde sie auf Initiative Litauens und mit Einsatz polnischer PiS-Politiker. Laut "Radio Polen" strichen die Abgeordneten vor der Abstimmung einige selbstkritische Punkte wie das Münchner Abkommen 1938 aus dem Wortlaut der Resolution.

Antisemitische Politik im Vorkriegs-Polen

In Gesprächen mit Sputnik kritisierten die Historiker damals das umstrittene Dokument.

"Dummköpfe!", reagierte der deutsche Historiker Erich Später auf die Argumentation und meinte, die Ursache des Zweiten Weltkrieges liege in der **Expansion des weltweiten Faschismus seit 1931** begründet. "Zu Beginn des Krieges hatten selbst Rumänien, Ungarn und die baltischen Staaten ein autoritäres und antisemitisches Regime; sie haben zusammen mit den deutschen, aber auch italienischen und spanischen Truppen in Europa den Krieg mitgeführt und die Sowjetunion überfallen", so Später.

Die polnische Führung verhandelte seit 1935 mit den französischen Behörden über die Umsiedlung polnischer Juden (etwa 10 Prozent der Bevölkerung) nach Madagaskar unter Beteiligung der palästinensischen Zionisten.

Am 20. September 1938 leitete Lipski an den damaligen polnischen Außenminister Józef Beck einen Bericht über sein Gespräch mit Hitler in Obersalzberg weiter, in dem Hitler die "Judenfrage" aufgeworfen hatte. Lipski drückte Hitler seine Zustimmung aus. So schrieb Lipski an Beck: "...Er (Hitler - Anm. d. Red.) war beeindruckt von der Idee, das Judenproblem in Übereinstimmung mit Polen, Ungarn und vielleicht Rumänien zu lösen mithilfe der Auswanderung in die Kolonien. (hier habe ich geantwortet, sollte dies eine Lösung bekommen, würden wir ihm ein schönes Denkmal in Warschau errichten ...)."

³ <https://de.sputniknews.com/politik/20191224326279563-putin-stalin-hitler-kontakte-kriegsbeginn-geschichte/>